



**Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen

des
Hauptverwaltungs-
und
Finanzausschusses

2010**

Inhaltsverzeichnis:

Sitzungstag:	Seite:	genehmigt am:	Bemerkungen:
			Sitzungsleitung
05.02.2010	3	03.03.2010	Bgm. Andreas Zenglein
03.03.2010	17	08.07.2010	Bgm. Andreas Zenglein
08.07.2010	21	06.10.2010	Bgm. Andreas Zenglein
06.10.2010	26	24.11.2010	Bgm. Andreas Zenglein
24.11.2010	32	04.02.2011	Bgm. Andreas Zenglein

SITZUNG

des

Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstag: 05. Februar 2010
Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Sitzungsort: Rathaus, Sitzungssaal

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

anwesend:

abwesend:

VORSITZENDER

Bürgermeister Andreas Zenglein

NIEDERSCHRIFTSFÜHRERIN

Silvia Reiling, Verw.-Angest.

MITGLIEDER

2. Bgm. Max Baumann

3. Bgm. Horst Hock ab 15:25 Uhr

GR Peter Amrhein

GR Andreas Hein

GR Toni Stahl

GR Hans-Georg Seitz

GR Ilse Spielmann

GR Susanne Zellner

GR Jürgen Goldhammer

GR Corinna Suffel für Dr. Robert Ritter

VERWALTUNG

Friedrich Englert, VOAR

Thomas Wenzel, VOAR

Martin Volk, Dipl. Ing.

Tagesordnung FA 05.02.2010

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Protokollgenehmigung
3. Beratung des Haushaltsplanes 2010
4. Allgemeines

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist

und

b) zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 25. Nov. 2009 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Beratung des Haushaltsplanes 2009

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zur ersten Sitzung zur Vorberatung des Haushaltes 2010. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde Haibach die erste Gemeinde im Landkreis ist, die ihre Buchhaltung zum 01. Januar 2010 von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt hat.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert anhand einer Power-Point Präsentation die wesentlichen Merkmale der Doppik sowie die Gründe für die Umstellung des Buchführungssystems. Es handelt sich um den ersten doppischen Haushaltsentwurf.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.11.2004 wurde beschlossen, dass mit der Erfassung des gemeindlichen Vermögens im Jahr 2005 begonnen werden soll. Im Haushaltsplan 2005 wurden die ersten Gelder für die Anschaffung der notwendigen Software bereitgestellt. Ziel war es, nach der Erfassung des Vermögens, den Buchführungsstil von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen.

Der Weg bis zu diesem ersten Haushaltsentwurf war nicht immer einfach, da vom Bayerischen Staatsministerium des Innern erst im Jahr 2007 der rechtliche Rahmen geschaffen wurde.

Mit Verordnung vom 05.10.2007 ist die Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (KommHV-Doppik) rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft getreten. Die Bewertungsrichtlinien, sie dienen als Grundlage für die Bewertung des Vermögens, datieren vom 29.09.2008. Ein Produktplan und der Kontenrahmen wurden am 01.10.2008 veröffentlicht.

Für die Verwaltung bedeutete dies, sich bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens zunächst an den Richtlinien anderer Bundesländer zu orientieren.

Die Einführung eines neuen kommunalen Rechnungswesens stellt seit Jahren eines der Kernthemen im laufenden Prozess der Verwaltungsmodernisierung dar. Insbesondere seit dem Beginn der 1990er Jahre wurde auch in Deutschland ein neues Modell der Verwaltungssteuerung entwickelt.

Die Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte kommunale Buchführung eröffnet die Möglichkeit von einem rein zahlungsorientierten, hin zu einem ressourcenorientierten Haushaltskonzept zu

gelangen. Ziel ist es, nicht länger nur die reinen Zahlungsvorgänge zu erfassen, sondern auch den Wertverlust der kommunalen Bilanzposten durch Benutzung und unterlassene Instandhaltungen darzustellen.

Damit geht es um mehr Ehrlichkeit und Transparenz in der Buchführung, also darum eine verlässliche Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen zu schaffen, indem die tatsächlichen Kosten abgebildet werden.

Kern des Ressourcenverbrauchskonzepts ist die Drei-Komponenten-Rechnung mit Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung (Bilanz). Die Vermögensrechnung erlaubt uns erstmals das gesamte kommunale Vermögen den kommunalen Schulden gegenüberzustellen.

Wirtschaftlich nachhaltiges Handeln lässt sich eigentlich nur dann beurteilen, wenn Vermögen und Schulden über einen längeren Zeitraum ausgewiesen werden. Die Doppik weist die Veränderungen von Vermögen in der Ergebnisrechnung und den Bestand von Vermögen und Schulden in der Bilanz aus. Eine nachhaltige, längerfristige Beurteilung der wirtschaftlichen Konsequenzen kommunalen Handelns ist ohne Bilanz nur eingeschränkt möglich, weil Bezugsgrößen zum Bestand an Vermögen und Schulden fehlen. Wer aber den Wert seines Vermögens und einzelner Anlagegüter nicht kennt, der kann sich auch über die Sinnhaftigkeit und Rendite einer Anlage kein Bild machen. Damit kann er weder kaufmännisch noch politisch fundiert entscheiden, ob und wie er die Anlage wirtschaftlich optimal weiterführen will.

Die Vorzüge der Doppik liegen auf der Hand. Kommunen, die dieses Buchungssystem eingeführt haben, erhalten einen genaueren Überblick über das vorhandene Vermögen, die Schuldenlast und über den Wert der kommunalen Leistungen. Damit können finanzielle Spielräume exakt bestimmt und strategische Schwerpunkte genauer gesetzt werden. Die Kommunen erhalten damit die Chance, verantwortungsvolle Finanzentscheidungen zu treffen, sowohl gegenüber der heutigen als auch gegenüber künftiger Generationen.

Drei wesentliche Vorteile sprechen für das doppische Buchführungssystem:

- Transparenz,
- Generationengerechtigkeit und
- Steueroptimierung.

Anmerken dürfen wir aber auch, dass die Umstellung ohne zusätzliches Personal und ohne teure Beratungsunternehmen bewerkstelligt werden konnte und, dass wir die erste Gemeinde im Landkreis sind, welche den Schritt in die Doppik wagt.

Die alleinige Umstellung auf die Doppik stellt jedoch noch keine neue Steuerung oder etwa eine Garantie für eine verbesserte Finanzlage dar.

Sie ist aber der Motor für viele weitere Veränderungsprozesse in der kommunalen Verwaltung. Sie ist auch wesentliches Kernstück und Voraussetzung für die Einführung weiterer betriebswirtschaftlicher Elemente, wie z. B. einem auf einer Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Controlling oder einem transparenten Berichtswesen.

Der Haushalt besteht künftig nicht mehr aus einem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sondern aus einem Ergebnishaushalt und einem Finanzhaushalt. Die bisherigen 10 Einzelpläne werden ersetzt durch 6 Hauptproduktbereiche und die Abschnitte und Unterabschnitte durch Produktgruppen und Produkte. Anstelle der Haushaltsstelle sprechen wir künftig von Produktsachkonten.

Zum Zahlenwerk der Gemeinde informiert **Bgm. Andreas Zenglein**

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 6.067.588 € (709,58€/Einwohner) im Jahre 2009 auf nunmehr 5.770.744 € (677,33 €/ Einwohner) gesunken. Dies entspricht einer **Minderung um 296.844 € (= 4,89 %)**.

Ursache hierfür ist der deutliche Rückgang bei den Gewerbesteuererträgen im Jahre 2008. Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betrugen 2008 ca. 494.300 €. Im Jahr 2007 waren noch ca. 1.398.400 € zu verzeichnen.

Die Umlagekraft ist Grundlage für die Berechnung verschiedener Umlagen und Abgaben, wie z. B. der Kreisumlage. Aufgrund der niedrigeren Umlagekraft wird sich die Kreisumlage, bei gleich bleibendem Hebesatz (41,1%), von bisher 2.493.779 € auf 2.371.776 € vermindern. Dies entspricht Minderungen von ca. 122.000 €.

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**. Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 3.550.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 550.000 € weniger als der Ansatz des Jahres 2009.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen. Aufgrund der **gesunkenen Steuerkraft** der Gemeinde fällt die Schlüsselzuweisung für das **Jahr 2010 höher** aus als im Jahr 2009. Die Schlüsselzuweisung wird

heuer **ca. 1.146.700 €** betragen, während sie im Jahr **2009** noch **ca. 747.600 €** betrug.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** werden dieses Jahr wohl wieder höher ausfallen als im Vorjahr. Dies liegt daran, dass dieses Jahr keine größeren Steuerrückzahlungen zu erwarten sind (nach derzeitigem Kenntnisstand). Im Haushaltsentwurf wurde deshalb ein Betrag von **600.000 €** veranschlagt.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **167.200 €** (2009: 167.800 €).

Der **Hebesatz der Gewerbesteuerumlage** steigt gegenüber dem Vorjahr um 4%, von bisher **66%** auf nunmehr **70%** an. Für die Gemeinde ergibt sich geschätzt eine Gewerbesteuerumlage i. H. v. ca. **131.200 €**

Der vorliegende Ergebnishaushalt weist ordentliche Erträge i. H. v. **11.113.200 €** aus. Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf **10.330.000 €** und das Finanzergebnis auf **91.000 €**. Somit errechnet sich ein vorläufiges Jahresergebnis von **692.200 €**

An investiven Maßnahmen sind u.a. vorgesehen:

Brandschutzmaßnahmen im Rathaus sind mit **110.000 €** veranschlagt.

Für den Neubau des **Bauhofes** ist ein Betrag von **200.000 €** für Planungskosten veranschlagt. Weiterhin wird ein neuer **LKW** (als Ersatz) benötigt. Vorgesehen sind hierfür Ausgaben von 100.000 €.

Für den Neubau des **Feuerwehrhauses** ist ebenfalls ein Betrag von 200.000 € eingeplant. Entsprechend dem Fahrzeugkonzept der Feuerwehr soll dieses Jahr ein **MZF** beschafft werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 100.000 €. Vom Freistaat ist eine Zuwendung i.H.v. 12.000 € zu erwarten.

Die Restfinanzierung der **Brandschutzmaßnahmen** in der **Schule** schlägt mit 130.000 € zu Buche. Für die Sanierung des Hallendaches im Bereich Schwimmbad sind 100.000 € vorgesehen.

Für die **Restfinanzierung des Hallenbades** werden 40.000 € und für die Fertigstellung der **Außenanlage** 15.000 € benötigt.

Für die **Sanierung der Turnhalle** sind noch Haushaltsmittel in Höhe von **100.000 €** notwendig. Im **Wildpark** sind Haushaltsmittel i. H. v. **20.000 €** für die Fertigstellung der Toilettenanlage und den Neubau von Gehegen veranschlagt.

Die Ausgaben für die **Kinderkrippe** im Burgkindergarten sind mit 60.000 € berücksichtigt. Für die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den **Spielflächen** sind 50.000 Euro eingeplant.

Im Bereich der **Kultur- und Sporthalle** ist die Fertigstellung der Außenanlage vorgesehen. Hierfür werden noch 10.000 € benötigt. Für die Generalsa-

nierung der Halle ist ein erster Teilbetrag von 1.000.000 € veranschlagt.

Die Sanierung des **Kanals- und der Wasserleitung** sowie der **Fahrbahn** von der **Brückenstraße** bis zur **Hauptstraße** muss fertiggestellt werden. Im Haushalt sind deshalb insgesamt 955.000 Euro vorgesehen.

Die Neugestaltung des **Eingangsbereiches** im Friedhof **Grünmorsbach** ist mit 50.000 € veranschlagt.

Für die Erstellung des **Holzlageplatzes** sind 17.000 € vorgesehen. Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf der Anwesen Ludwig-Kunz-Straße 1, Neue Heimatstr. 37 und Ketteler Str. 3 mit **300.000 €** und der Verkauf von weiteren Baugrundstücken mit einem Betrag von **100.000 €** veranschlagt.

Der vorliegende Haushaltsentwurf kann ohne eine neue Kreditaufnahme ausgeglichen werden.

Im Verlauf der Beratungen weist **Bgm. Andreas Zenglein** nochmals darauf hin, dass in den vergangenen beiden Jahren ca. 1 Mio EUR an Gewerbesteuer zurückgezahlt werden mussten. Diese Gelder fehlen selbstverständlich für künftige Investitionen.

GR Hans Georg Seitz möchte wissen, ob eine Bereitstellung von Mitteln für die Ortsverbindungsstraße in einem Investitionsprogramm vorgesehen ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass derzeit Verhandlungen mit dem Landratsamt geführt werden. Er merkt zudem auch an, dass im Zuge des Ausbaus der Zu- u. Abfahrt für die Feuerwehr die Kosten hierfür nach der Straßenausbauschätzung abgerechnet werden müssen. Dies bedeutet natürlich auch eine Kostenbeteiligung der Anlieger. Das wird sicherlich eine sehr „heiße“ Diskussion geben. Er möchte jedoch nach Möglichkeit versuchen, die Straße vor dieser Ausbaumaßnahme als Kreisstraße an den Landkreis abzugeben.

Zur Anschaffung eines neuen LKW für den Bauhof bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass das jetzige Fahrzeug mit einem Alter von ca. 14 Jahren mittlerweile enorme Reparaturkosten verursacht und keine Wirtschaftlichkeit mehr gegeben ist.

Hierzu stellt **GR Hans Georg Seitz** fest, dass es wohl sinnvoll ist, mit einer Neuanschaffung nicht allzulange zu warten, da derzeit die Marktpreise für LKW's sehr günstig sind.

Der nächste Posten ist der Neubau FFW/Bauhof. Hier werden Gesamtkosten in Höhe von 7,8 Mio EUR veranschlagt. Diese Kosten beinhalten jedoch noch nicht die Kosten für die Verkehrsanbindung Staatsstraße.

GR Hans Georg Seitz ist der Auffassung, dass diese Kalkulation eher niedriger angesetzt werden sollte, um somit auch die Kosten in dem Rahmen einzuhalten.

Kämmerer Thomas Wenzel erwidert, dass es sich hier um realistische Zahlen handelt, die auch dem Gemeinderat so weitergegeben werden sollten.

Zum Punkt Generalsanierung Jugend- u. Vereinshaus erklärt **GR Hans Georg Seitz**, dass man bedenken sollte, dass im Ortszentrum kein vernünftiger Veranstaltungsraum zur Verfügung steht. Das Jugendhaus sollte so hergerichtet werden, dass es gut nutzbar ist – also eine vernünftige Küche und auch ordentliche Toilettenanlagen sollten eingebaut werden.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass in der Verwaltung bereits darüber nachgedacht wurde, dieses Jugendhaus an einen Verein zu „verkaufen“. Diverse Vereine sind auf der Suche nach entsprechenden Räumlichkeiten. Wenn die Gemeinde nun mit den Arbeiten am Jugendhaus beginnt, wird sich dies wieder als „Sparbüchse“ auf tun. Er gibt zu bedenken, dass eventuell das Feuerwehrgebäude in ca. 3 Jahren als Veranstaltungsraum genutzt werden kann.

GR Hans Georg Seitz sieht hierzu eher die Möglichkeit, das Feuerwehrhaus zum Rathaus hinzunehmen.

GR Andreas Hein findet diese Gedanken sehr gut. Hier könnte ein zentraler Raum für Sitzungen geschaffen werden und auch für andere Veranstaltungen genutzt werden.

3. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass die Sanierungskosten für die Kultur- u. Sporthalle mit ca. 2 Mio EUR veranschlagt werden. Hier nochmals zusätzlich Investitionskosten für das Jugendhaus einzuplanen ist für ihn nicht einsehbar.

GR Andreas Hein ist der Meinung, dass sich dann die Diskussion über einen Aufzug in der Kultur- u. Sporthalle erübrigt, wenn z. B. in den Konferenzräumen mehr Veranstaltungen stattfinden.

Als weitere Planung sieht die Verwaltung auch die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Wasserabteilung vor. Hierzu soll das vorhandene Fahrzeug der Tüncherabteilung abgeschafft werden. Das jetzige Fahrzeug von Klaus Großmann wird an die Tüncher gegeben und für den Wassertrupp ein Neues gekauft werden. Hier stellt sich die Verwaltung vor, auch eventuell über ein Sponsoring evtl. Main-Spessart-Energie bzgl. eines Erdgasfahrzeuges, oder mit der AVG einen „Deal“ machen zu können.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er entsprechende Verhandlungen führen wird.

3. Bgm. Horst Hock spricht sich gegen ein Sponsoringfahrzeug aus. Nach seiner Ansicht fehlen diese Gelder wieder bei der Unterstützung von Haibacher Vereinen. Dies sollte nochmals überdacht werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert über die Kanalbaumaßnahme in der Blumenstraße. Hier soll der vordere Bereich noch erneuert werden. Wenn diese Maßnahme durchgeführt worden ist, kann dann auch die Abrechnung der gesamten Straße erfol-

gen, nachdem die Arbeiten im hinteren Bereich der Straße bereits ausgeführt wurden.

Zum Budgetvorschlag der **Freiwilligen Feuerwehr** besteht weitestgehend Einverständnis.

Der Haushaltsentwurf der **Schule Haibach** steht als nächstes zur Beratung an.

Hier wird auf die Renovierung von diversen Klassenzimmern hingewiesen. Es handelt sich hauptsächlich um die Räume, welche nicht bei den Arbeiten der Brandschutzmaßnahme in der Schule neu gestrichen wurden.

Es wird festgestellt, dass ein Beschluss des Gemeinderates besteht, im Jahresrhythmus 4 Klassenzimmer zu renovieren.

Die Anschaffung einer Lautsprecheranlage für die Aula zum Nutzen für Feiern und Veranstaltungen wird nicht befürwortet. Es steht für diese Zwecke eine mobile Lautsprecheranlage zu Verfügung, die in der Aula mit genutzt werden kann.

Seitens der Schule wurde die Erinnerung angebracht, dass im Febr. 2008 die Neugestaltung des Biotops beschlossen wurde.

Hierzu wird festgestellt, dass die Schule für dieses Projekt zuerst ein zuständiger Lehrer sowie ein Stellvertreter benennen muss. Nachdem dieses Projekt mit ca. 30.000 EUR zu Buche schlägt, sollte dies nicht ohne Projektbetreuung geschehen.

Zur beantragten Ballwurfanlage für den Pausenhof in Haibach erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese derzeit von Mitarbeitern im Bauhof „gebaut“ wird.

Zum Thema Mittelschule informiert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass derzeit entsprechende Gespräche stattfinden. Bis zum März 2010 soll es hierzu eine Rechtsgrundlage geben.

Für den Schulstandort Haibach ist ein großer Pluspunkt, dass wir die Ganztagschule anbieten. Nun ist es wichtig, entsprechende Partner für den Schulverbund zu finden. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Schule Haibach isoliert und auf Dauer kein Schulstandort mehr.

Weitere Punkte des Schuletats in der Kostenstelle 2100.500 sind die Anschaffung einer Leinwand für die Aula – Hierzu sollen Preisanfragen stattfinden. Der Boden im Bereich Lehrerzimmer, Verwaltungsbereich, Küche u. Schulleiterzimmer sollte erneuert werden. Das Gremium schlägt hier vor, einen entsprechenden PVC-Belag verlegen zu lassen. Dieser ist robust und pflegeleicht. Zur vorgeschlagenen Küchenzeile wird begrüßt, dass die Firma Bauer diese kostenlos liefern will. Es wird geprüft, inwieweit ein Kühlschrank finanziert wird. Kaffeeautomat und Mikrowellenherd sollten von den Lehrern angeschafft werden. Der Vorschlag zur Anschaffung eines digitalen Wegweisers wird zur Kenntnis genommen. Hierzu wird festgestellt, dass diese Anschaffung aus dem Budget der Schule geleistet werden kann.

2. Bgm. Max Baumann bemerkt zu den Vorschlägen der Schule, dass zuerst abgewartet werden sollte, wie sich das Thema Mittelschule bzw. Schulreform weiterentwickelt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er bezüglich der Anträge der Schule ein Gespräch mit der Schulleitung führen wird und selbstverständlich alle Informationen zum Thema Mittelschule bzw. Standort Schule Haibach an den Gemeinderat weitergeben wird.

Es wird folgende Budgetierung der Schule für das Haushaltsjahr 2010 festgelegt:

Grundschule:

Vermögenshaushalt:	20.000 EUR
abzüglich der Überziehung aus 2009	
Vermögenshaushalt:	nach Absprache

Hauptschule:

Vermögenshaushalt:	27.000 EUR
zuzüglich Rest aus 2009	
Vermögenshaushalt:	nach Absprache

Die Anschaffung von 100 Stühlen und 10 Einzeltischen für die Aula wird befürwortet.

4. Allgemeines

Nach der Diskussion der diversen Haushaltsentwürfe werden folgende Sitzungstermine für die weiteren Beratungen vorgeschlagen:

Haupt- u. Finanzausschuss: 03.03.2010
bei weiterem Beratungsbedarf: 17.03.2010

Falls keine weiteren Beratungen zum Haushalt nach dem 03.03.2010 erforderlich sind, wird anstelle der Sitzung des Haupt- u. Finanzausschusses am

17.03.2010 eine Gemeinderatssitzung stattfinden und der Haushalt 2010 verabschiedet.

Die Gemeinderatssitzung am 24.03.2010 findet um 19:00 Uhr in der Aula statt. Hier wird die Planung des neuen FFW/Bauhofs durch das Planungsbüro vorgestellt.

Hiernach schließt **Bgm. Andreas Zenglein** die Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **03.03.2010** genehmigt

Bürgermeister

Protokollführerin

Fibu-Sachkonto	Bezeichnung	Investitionen				
			2010	2011	2012	2013
111501/0121000	Erwerb von EDV (Software unsw.)	€	30.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00
111504/0372100-350	Brandschutzmaßnahmen Rathaus	€	110.000,00			
111504/0822000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Rathaus	€	15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00
111601/0372310-110	Neubau Bauhof	€	200.000,00	€ 2.300.000,00	€ 1.000.000,00	
111603/0731200	Erwerb Lkw für Bauhof	€	100.000,00			
111604/0822000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Bauhof	€	10.000,00	€ 10.000,00	€ 10.000,00	€ 10.000,00
111750/0221000	Erwerb unbebaute Grundstücke	€	50.000,00	€ 50.000,00	€ 50.000,00	€ 50.000,00
111750/0241000	Verkauf unbebauter Grundstücke	€	(100.000,00)	(100.000,00)	€ (100.000,00)	€ (100.000,00)
126100/0721000	Digitalfunk Feuerwehr					€ 100.000,00
126101/0372440-100	Neubau Feuerwehrhaus	€	200.000,00	€ 3.100.000,00	€ 1.000.000,00	
126101/2312100-100	Zuschuss Feuerwehrhaus			€ (200.000,00)	€ (265.000,00)	
126103/0732000	Feuerwehrfahrzeuge	€	100.000,00		€ 450.000,00	
126103/2312100	Zuschuss Feuerwehrfahrzeuge		(12.000,00)		€ (220.000,00)	
126104/0822000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Feuerwehr	€	16.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00
213000/0332000-120	Brandschutzmaßnahme Schule	€	130.000,00			
213000/0332000-130	Dach Eingangsbereich Schwimmbad/M-Klassen			€ 100.000,00		
213000/0332000-420	Heizung Schule					€ 420.000,00
213000/0332000-380	Neugestaltung Werkraum			€ 150.000,00		

424100/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung	€ 1.500,00	€ 1.500,00	€ 1.500,00	€ 1.500,00
424200/0352400-160	Außenanlage Kultur- und Sporthalle	€ 10.000,00			
424200/0352400-170	Generalsanierung Kultur- und Sporthalle	€ 1.000.000,00	€ 1.000.000,00		
424200/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung KuS	€ 10.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00
424300/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Sporthalle AHK	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00
424400/0352600	Beach-Volleyball-Feld	€ 15.000,00			
523100/0171000	Zuschüsse Denkmalschutz	€ 2.000,00	€ 2.000,00	€ 2.000,00	€ 2.000,00
524000/0311000	Verkauf bebauter Grundstücke	€ (300.000,00)	€ (300.000,00)		
524000/0372900	Dachsanierung Alte Schule Dörmorsbach				€ 20.000,00
524000/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Wohnblocks	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00
525100/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Bürgerhaus	€ 1.000,00	€ 1.000,00	€ 1.000,00	€ 1.000,00
525110/0372410	Generalsanierung Jugendhaus		€ 150.000,00		
525110/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Jugendhaus	€ 500,00	€ 500,00	€ 500,00	€ 500,00
533000/0451000	Grunderwerb Wasserversorgung	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00	€ 2.500,00
533000/0721000	Wasserversorgung Fernwirktechnik	€ 75.000,00			
533000/0731000	Wasserversorgung Fahrzeug	€ 25.000,00			
533000/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Wasserversorgung	€ 5.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00	€ 5.000,00
533000/2322800	Rohrnetzkostenbeiträge	€ (15.000,00)	€ (15.000,00)	€ (15.000,00)	€ (15.000,00)
533001/0453200-300	Digitale Bestandsgrafik Wasserversorgung	€ 18.000,00			

533001/0453210	Wasserleitung Hausanschlüsse	€	10.000,00	€	10.000,00	€	10.000,00
533002/0453100	Sanierung Hochbehälter Dörmorsbach			€	200.000,00		
533003/0452000	Wasserschutzgebiet Brunnen 71	€	110.000,00				
533004/0453300	Erwerb Wasserzähler	€	10.000,00	€	10.000,00	€	10.000,00
533001/0453200-310	Wasserleitung Brückenstraße	€	5.000,00				
538001/0477000-210	Kanalbau Brückenstraße	€	15.000,00				
541000/0482400-180	Straßenbau Brückenstraße	€	30.000,00				
533001/0453200-320	Wasserleitung Würzburger Str. von Brücken- bis Hauptstr.	€	20.000,00				
538001/0477000-220	Kanalbau Würzburger Str. von Brücken- bis Hauptstr.	€	50.000,00				
533001/0453200-330	Wasserleitung Hauptstraße	€	173.000,00				
538001/0477000-230	Kanalbau Hauptstraße	€	300.000,00				
541000/0482400-190	Straßenbau Hauptstraße	€	362.000,00				
533001/0453200-340	Wasserleitung Blumenstraße	€	36.000,00				
538001/0477000-250	Kanalbau Blumenstraße	€	31.000,00				
541000/0482400-200	Straßenbau Blumenstraße	€	75.000,00				
533001/0453200-410	Wasserleitung Großmannstraße					€	240.000,00
538001/0477000-400	Kanalbau Großmannstraße					€	360.000,00
541000/0482400-390	Straßenbau Großmannstraße					€	600.000,00
538001/0477000-240	Überrechnung Kanalnetz	€	3.000,00				

538001/0477000-260	Kanalbau Dörmorsbacher Straße	€	70.000,00				
538001/0477000-270	Hydraulische Berechnung Ortsnetz Dörmorsbach	€	13.000,00				
538001/0477000-290	Kanalbau Würzburger Str.bei Anwesen Hock	€	50.000,00				
538001/0477000-370	Kanalbau Schweiztalsammler	€	163.000,00	€			
538001/0477100	Kanalbau Hausanschlüsse	€	15.000,00	15.000,00	€	15.000,00	€ 15.000,00
538002/0475000-280	Kanalbau Steuerung RÜB 80	€	60.000,00				
538003/0173000	Investitionsumlage Abwasserverband Aschafftalgemeinden	€	95.000,00	95.000,00	€	95.000,00	€ 95.000,00
538003/0259000	Kanalbau Grunderwerb	€	10.000,00	10.000,00	€	10.000,00	€ 10.000,00
538003/0821000	Betriebs- und Geschäftsausstattung Kanal	€	3.000,00	3.000,00	€	3.000,00	€ 3.000,00
538003/2322800	Kanal Herstellungsbeiträge	€	(30.000,00)	(30.000,00)	€	(30.000,00)	€ (30.000,00)
541000/2322800	Ausbaubeiträge	€	(250.000,00)	-	€	-	€ (310.000,00)
541000/2391200	Stellplatzablösebeträge	€	(10.000,00)	(10.000,00)	€	(10.000,00)	€ (10.000,00)
541040/0173000	Straßenbeleuchtung	€	30.000,00	10.000,00	€	10.000,00	€ 10.000,00
553000/0342800	Dorffriedhof Wegebau	€	15.000,00				
553200/0342800	FH Grünmorsbach Neugestaltung Eingangsbereich	€	50.000,00				
553200/0342800-430	FH Grünmorsbach Stützmauer	€	14.000,00				
553400/0821000	Friedhöfe Betriebs- und Geschäftsausstattung	€	5.000,00	1.000,00	€	1.000,00	€ 1.000,00
571000/0499000	Breitbandanschluss Dörmorsbach	€	60.000,00				
571000/2322800	Zuschuss Breitbandanschluss Dörmorsbach	€	(35.000,00)				
573100/0372900	Holzlagerplatz	€	20.000,00				
573100/2312700	Holzlagerplatz Zuschuss	€	(3.000,00)				

Saldo aus Investitionstätigkeit	€	3.190.500,00	€	6.722.000,00	€	2.187.000,00	€2.252.000,00
Kreditaufnahme	€	-	€	1.835.800,00	€	1.113.500,00	€1.311.300,00
Kreditaufnahme Gesamt 2010-2013			€	4.260.600,00			

SITZUNG

des

Haupt- und Finanzausschusses

**Sitzungstag: 3. März 2010
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

Sitzungsort: Rathaus, Sitzungssaal

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

anwesend:

abwesend:

VORSITZENDER

Bürgermeister Andreas Zenglein

NIEDERSCHRIFTSFÜHRERIN

Silvia Reiling, Verw.-Angest.

MITGLIEDER

2. Bgm. Max Baumann

3. Bgm. Horst Hock

GR Peter Amrhein

GR Andreas Hein

GR Toni Stahl

GR Hans-Georg Seitz

GR Ilse Spielmann

GR Susanne Zellner

GR Jürgen Goldhammer

GR Corinna Suffel für GR Dr. Robert Ritter

VERWALTUNG

Thomas Wenzel, VOAR

Friedrich Englert, VOAR

Tagesordnung

HFA 03.03.2010

Öffentlicher Teil:

5. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
6. Protokollgenehmigung
7. Beratung des Haushaltsplanes 2010
8. Allgemeines

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist

und

b) zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 05. Februar 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Beratung des Haushaltsplanes 2010

Bgm. Andreas Zenglein bezieht sich in seinen Ausführungen auf die ausführlichen Beratungen der letzten Sitzung des Ausschusses. In der Zwischenzeit haben die Fraktionen in Klausurtagungen den vorliegenden Haushaltsentwurf besprochen.

Bezüglich der Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Wasserabteilung wurde in der letzten Sitzung angeregt, wegen eines Sponsorings nachzufragen. Hierzu fand ein Gespräch mit Herrn Melzer von der Main-Spessart-Energie statt. Folgende Informationen stehen hier zur Verfügung

Das Angebot für ein Erdgasfahrzeug: Der Preis für den angebotenen Combo beträgt 12.344,17 EUR und beinhaltet einen Nachlass in Höhe von ca. 6.400 EUR. Gegen eine Sicherheitsleistung und den Abschluss eines Nutzungsvertrages wird das Fahrzeug uneingeschränkt der Gemeinde zur Verfügung gestellt.

Das Fahrzeug bleibt zunächst 15 Monate im Eigentum der Main-Spessartenergie, die auch Kfz-Steuer und Versicherung in diesem Zeitraum übernimmt. Nach 15 Monaten werden der Gemeinde die Eigentumsrechte übertragen

Bezüglich des Angebotes für einen LKW liegen nur Vorabinformationen vor.

In dem Gespräch wurde auch nochmals über die Erneuerung der Heizungsanlage in der Kultur- u. Sporthalle gesprochen. Dies sollte bei den anstehenden Sanierungsmaßnahmen mit in die Überlegungen aufgenommen werden.

Für die Sanierung der Kultur- u. Sporthalle muss nun vorrangig erst ein Konzept erarbeitet werden, wie die Maßnahmen in den nächsten beiden Jahren durchgeführt werden sollen.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass er bezüglich des Sponsorings für ein Gemeindefahrzeug keine Zustimmung erteilen wird. Er sieht hier eine gewisse Abhängigkeit von den Firmen. Die Gemeinde sollte auch nicht als Werbeträger der Firmen auftreten.

GR Hans Georg Seitz ist hierzu ganz anderer Meinung. Zum einen ist die Anschaffung eines gasbe-

triebenen Fahrzeuges auch unter dem Aspekt der Umweltentlastung zu begrüßen, dann ist hier ein erheblicher finanzieller Vorteil erkennbar. Eine Abhängigkeit gegenüber der Firma Main-Spessartenergie ist seiner Meinung nach nicht gegeben.

GR Andreas Hein führt aus, dass er ein Problem mit Werbung auf dem Fahrzeug nur dann sieht, wenn es sich um eine Haibacher Firma handelt. In diesem Fall sieht er jedoch keine Konkurrenz für ein Haibacher Unternehmen und hat keine Einwände zu dieser Abwicklung.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung stellt **3. Bgm. Horst Hock** fest, dass die Investitionen so eingeplant wurden, wie sie im letzten Jahr durch den Ausschuss erarbeitet wurden. Bezüglich der geplanten energetischen Maßnahmen schlägt er vor, noch zu prüfen, inwieweit Zuschüsse oder verbilligte Kredite möglich sind.

Die CSU-Fraktion schlägt vor, die Höhe der künftigen Kredite zu „deckeln“. Mit dieser Maßnahme soll versucht werden, die künftigen Wünsche im Rahmen zu halten.

GR Hans Georg Seitz schlägt als „Deckelung“ vor, sich hier an der Pro-Kopf-Verschuldung der Bürger zu orientieren.

Als Priorität des diesjährigen Haushalts sieht **GR Hans Georg Seitz** die Sanierung der Kultur- und Sporthalle an. Diese Arbeiten müssen dringend in Angriff genommen werden. Er ist der Meinung, dass ein gesonderter Arbeitskreis hierfür nicht erforderlich ist.

Zum Thema Jugend- und Vereinshaus ist festzustellen, dass die SPD-Fraktion dieses Anwesen ebenfalls als sehr wichtig ansieht. Durch die zentrale Lage ist es ein bevorzugter Veranstaltungsort für Vereine. Die SPD wünscht sich einen Konsens, dass entsprechende Umbaumaßnahmen durchgeführt und erforderliche Einbauten erfolgen.

Der Posten „Grundstücksverkehr“ sollte forciert werden.

Seitens der Einnahmenseite wird darauf gehofft, dass die eingeplanten Zahlen auch eintreffen.

Zum Faktor Straßenbau – hier sollte überlegt werden, diesen Betrag aufzustocken und zu überlegen, ob nicht zum Teil komplette Ausbauten von stark beschädigten Straßen die günstigere Alternative vor verschiedenen Teilausbesserungen darstellt.

GR Jürgen Goldhammer stellt sich die Frage, ob diese ehrgeizigen Ziele im Haushaltsplan überhaupt personaltechnisch durchzuführen sind.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zum Punkt Jugendhaus, dass im Rathaus immer wieder Anfragen von Vereinen bezüglich Probe- oder Vereinsräumen eingehen. Hier gäbe es die Möglichkeit, dieses Jugend- und Vereinsheim an zwei oder drei Vereine abzugeben. Somit liegt die Verantwortung dieses Gebäudes bei den Vereinen und die Gemeinde hätte hierfür keine laufenden Unterhaltskosten mehr zu leisten.

GR Peter Amrhein erwidert hierzu, dass dieser Vorschlag sicher in der Vereinsgemeinschaft angesprochen werden kann und intensiv beraten werden sollte.

GR Hans Georg Seitz sieht jedoch Probleme, dass dann nur noch die Vereine im Jugendhaus Feste oder Feiern veranstalten können, die dieses als ihr Vereinsheim bezeichnen.

GR Peter Amrhein ist der Ansicht, dass dies in der Vereinsgemeinschaft zu klären ist. Die Frage stellt sich ja auch, ob dies ein Verein allein stemmen kann.

Wenn die Feuerwehr ausgelagert ist, steht ohnehin ein weiteres Gebäude zur Disposition – hierfür kön-

nen sicherlich auch Überlegungen angestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert zum Faktor „Grundstücksverkehr“, dass in der nächsten Bauausschusssitzung vorgesehen ist, die Grundstücke der Gemeinde zu besichtigen, da die derzeitigen Marktwerte der Grundstücke nicht dem für Haibach geltenden Bodenrichtwert entsprechen. Hier sollten individuell über entsprechende Reduzierungen nachgedacht werden.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert zudem, dass er mit dem Vertreter einer Bank ein Gespräch bezüglich des Abschlusses eines Bausparvertrages hatte. Diese Variante der Finanzierung würde sich für die Abwicklung FFW/Bauhof eignen.

Nach kurzer Beratung wird vorgeschlagen, dass hierzu mehrere Angebote eingeholt werden sollen.

4. Allgemeines

Keine Wortmeldungen

Hiernach schließt **Bgm. Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **08. Juli 2010** genehmigt

Bürgermeister

Protokollführerin

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Donnerstag, 8. Juli 2010
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Wendelin Bleifus	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Gaby Satter	Gemeinderätin	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Susanne Zellner		
-----------------	--	--

Schriftführer

Reiling Silvia		
----------------	--	--

Verwaltung

Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung**Öffentlicher Teil:**

7.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
8.	Bekanntgabe Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
9.	Finanzplanung für kommunale Vorhaben; Ausgabenobergrenze für Feuerwehrhaus- und Bauhofneubau
10.	Allgemeines

7. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03. März 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

8. Bekanntgabe Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010**Sachverhalt**

Zum 01.01.2010 hat die Gemeinde Haibach ihr Buchführungssystem von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt.

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 ist zwischenzeitlich erstellt und wird heute bekanntgegeben.

Die Bilanzsumme beläuft sich auf **49.828.705,93 €**. Davon entfallen allein ca. 20,3 Mio. Euro auf das Infrastrukturvermögen (Straßen, Kanäle, Wasserleitungen).

In der Bilanz ist ein Eigenkapital (rechnerische Differenz zwischen Anlagevermögen und Verbindlichkeiten) in Höhe von 31.466.938,92 € ausgewiesen.

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Es wurden mit wenigen Ausnahmen die historischen, d. h. die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten herangezogen. Diese wurden aus dem Altverfahren der Vermögensbuchführung (soweit diese bisher bestand) bzw. aus den Kassenbelegen ermittelt.

In den Anschaffungs- und Herstellungskosten ist grundsätzlich die Mehrwertsteuer mit enthalten. Ausnahme hierbei bilden die Betriebe gewerblicher Art, bei denen auf Grund des Vorsteuerabzugs die Nettowerte berücksichtigt sind. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungsminderungen (z.B. Skonto) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Eine Ersatzbewertung erfolgte bei Grundstücken, für die keine historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vorhanden waren. Dies waren vor allem Straßengrundstücke.

Hierbei orientierte man sich gemäß Nr. 7.2.2.3 BewertR i. V. m. Anlage 1 Nr.16 zur BewertR am

niedrigsten Wert der Kaufpreissammlung für landwirtschaftliche Grundstücke in der Gemeinde Haibach. Dieser lag bei 3,00 Euro je m². Somit wurden für die Ersatzbewertung 3,00 Euro pro m² an gerechnet.

Im Bereich der Schulmöbel wurde eine Gruppenbewertung vorgenommen und Festwerte gebildet.

Die im Rahmen von Investitionsmaßnahmen erhaltenen Zuwendungen wurden als Sonderposten passiviert. Die Sonderposten wurden über den Nutzungszeitraum der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Ebenso wurde mit den eingenommenen Beiträgen verfahren.

Als Abschreibungsmethode findet grundsätzlich die lineare Abschreibung Anwendung.

Für das Anlagevermögen wurde zum Bilanzstichtag eine Inventur durchgeführt. Das bewegliche Anlagevermögen wurde anhand einer körperlichen Inventur erfasst und bewertet. Ansonsten wurde eine Buchinventur durchgeführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung bereits mit den Daten der Eröffnungsbilanz beschäftigt.

Ab Mitte Juli erfolgt die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband.

Die endgültigen Zahlen dürften dann im Herbst 2010 vorliegen.

Beschluss

Die Daten der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

9. Finanzplanung für kommunale Vorhaben; Ausgabenobergrenze für Feuerwehrhaus- und Bauhofneubau**Sachverhalt**

Dem Tagesordnungspunkt voran gehen der Antrag von GR Dr. Robert Ritter zum Thema „Haibach muss sparen“ und der Antrag der SPD-Fraktion zur Festlegung einer Ausgabenobergrenze für den Neubau von Feuerwehr und Bauhof.

Beide Anträge sind dem Protokoll beigelegt.

Bgm. Andreas Zenglein informiert zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes, dass derzeit sehr häufig massive Erhöhungen der Baukosten auch bei kommunalen Bauwerken entstehen. Dies hängt

auch mit dem Konjunkturpaket der Bundesregierung zusammen. Es haben sich nicht nur die Preise für die entsprechenden Rohstoffe bzw. Baumaterialien erhöht, es sind auch kaum noch Kapazitäten für die Ausführung diverser Arbeiten vorhanden.

So sind z. B. beim Bau der neuen Realschule in Großostheim statt der kalkulierten 17 Mio EUR nun Kosten in Höhe von 26 Mio EUR zu erwarten. Des Weiteren sind unter anderem für die Realschulen im Umkreis von Bessenbach bis Alzenau für das künftige Schuljahr die Aufstellung von Containern erforderlich, da erheblich mehr Schüler in diesen Schulzweig wechseln.

Der Kreis wird mit immer höheren Kosten belastet, dies wird im kommenden Jahr zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen.

GR Dr. Robert Ritter führt in seinem Antrag aus, dass durch geschickte und sparsame Haushaltsführung die Verschuldung von 6,3 Mio EUR auf den aktuellen Stand von knapp 3 Mio EUR reduziert werden konnte. Nach dem gültigen Finanzplan der Gemeinde wird der Schuldenstand im Jahr 2013 wieder ein Rekordniveau von ca. 6,5 Mio EUR erreichen. Durch die hierfür erforderlichen Zinsaufwendungen und die sich verschlechternde Einnahmesituation wird die seitherige Schuldentilgung nicht mehr geleistet werden können. Diese Entwicklung darf nicht eintreten!

Um dies zu vermeiden, müssen alle Vorhaben der Gemeinde auf den Tisch. Hierzu muss eine „Gesamtschau“ der anstehenden Großinvestition von Straßen, Hallen, Bauhof, Feuerwehr, Kanälen, verschiedenen Immobilien, Sport- und Freizeitinvestitionen erstellt werden.

Der Antrag hierfür lautet:

1. Der Investitionsplan der Gemeinde Haibach wird auf einen 10-Jahres-Rahmen erweitert
2. Es wird ein Tilgungsplan für den gleichen Zeitraum aufgestellt.
3. Die Gesamtverschuldung der Gemeinde wird auf 50 % des Haushaltsvolumens begrenzt.

Nach Meinung von **GR Dr. Robert Ritter** ist ein Sparen mit vollen Taschen immer schwierig, daher muss diese Thematik frühzeitig beraten werden. Er ist auch bereit, seine Meinung hierzu zu publizieren. Er sieht dies auch in der Verpflichtung zu seinem geleisteten Amtseid.

Die veranschlagten Kosten für den Neubau FFW/Bauhof werden mit 6,5 Mio veranschlagt, als finanzieller Puffer werden 750.000,00 EUR und für die Ausstattung etwa 1 Mio EUR veranschlagt. Diese Zahlen sind noch nicht das Ende der Investition.

3. Bgm. Horst Hock verweist auf die Arbeit des Arbeitskreises. Bei der in dieser Woche stattgefundenen Sitzung wurde eindeutig darauf verwiesen, dass die Bausumme in Höhe von 6 Mio EUR erreicht werden muss. Sollte diese Vorgabe nicht erfüllt werden können, dann müssen entsprechende Einsparungen seitens der Feuerwehr und des Bauhofs erfolgen. Eventuell muss ein Stellplatz gestrichen werden. Dies würde eine Verkürzung des Gebäudes von 10 % einbringen und somit erhebliche Kosten einsparen. Die Kosten für die Ausstattung dürfen auf keinen Fall eine Million erreichen. Die Gesamtkosten des Bauwerks dürfen die Grenze von 7,5 Mio EUR nicht übersteigen.

GR Hans Georg Seitz führt zum Antrag der SPD aus, dass durch die Investition der Gemeinde für den Neubau FFW/Bauhof die finanzielle Situation und somit auch der kommunalpolitische Spielraum der Gemeinde auf Jahre hinaus stark geprägt werden. Durch die erheblichen Kostenüberschreitungen

beim Umbau des Burgkindergartens wurden Erfahrungen gemacht, die jetzt schon zu Lehren dienen sollten.

Für den Neubau FFW/Bauhof muss von Anfang an ein straffer, verbindlicher und für alle Ausgaben umfassender Kostenrahmen erstellt werden. Die SPD-Fraktion schlägt daher ein Kostencontrolling vor.

In den Beratungen zum Haushalt 2010 hat der Gemeinderat einen Investitionsplan erarbeitet. Eine Erweiterung der Planung auf 10 Jahre sieht er als unrealistisch an, da der Gemeinderat nur bis 2014 im Amt ist. Der jetzige Gemeinderat kann nicht über die Finanzmittel über das Jahr 2014 hinaus Festlegungen treffen. Durch geeignete vertragliche Gestaltung und durch detailliert festgelegte Steuerungs- und Controllingmaßnahmen muss dafür gesorgt werden, dass dieser Kostenrahmen im Verlauf des Baues auf keinen Fall überschritten werden darf.

Die SPD-Fraktion beantragt daher:

1. Festlegung und Verabschiedung eines Kostenplanes für alle Leistungen und Kosten des Baues, der Außenanlagen und der Einrichtungen.
2. Maßnahmen, die zur Überschreitung des vorgegebenen Kostenrahmens führen, sind zu unterlassen oder, soweit sie unumgänglich sind, durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren. Sollte dies nicht möglich sein, müssen die kostenüberschreitenden Maßnahmen einzeln im Gemeinderat genehmigt werden.
3. Von Beginn der Vergaben bis zum Abschluss der Arbeiten ist in jeder Sitzung des Gemeinderates über den jeweiligen Stand der Kosten zu berichten. Es wird hierfür jeweils ein aktualisierter Stand eines Kosten Plan-Ist Vergleiches vorgelegt.

3. Bgm. Horst Hock schlägt zur Abwicklung und Finanzierung des Projektes vor, den Neubau FFW/Bauhof als Sonderprojekt festzulegen. Die Finanzierungssumme in Höhe von 7,5 Mio EUR, sollte mit einer Laufzeit der Finanzierung von 10-20 oder 30 Jahren abgewickelt werden. Die Mittel für den Schuldendienst sollten aus der freien Finanzspanne geleistet werden. Sonstige Investitionen sollen mit dem Rest der freien Finanzspanne getätigt werden. Eine Neuverschuldung ist zu vermeiden.

GR Dr. Robert Ritter ist der Ansicht, dass diese Variante nur „Prügel“ einbringen wird.

GR Hans Georg Seitz sieht diesen Vorschlag als „Luftbuchung“ an – es sind und bleiben die Schulden der Gemeinde, ob als Sonderprojekt oder nicht.

GR Dr. Robert Ritter erklärt, dass er in vier Jahren nach dieser Legislaturperiode keinen höheren Schuldenstand möchte, als den zu Beginn seiner Tätigkeit als Gemeinderat.

GR Hans Georg Seitz ist der Meinung, dass bei Addition aller geplanten und notwendigen Maßnahmen für das Feuerwehrhaus ein Betrag in Höhe von

ca. 9 Mio EUR abzusehen ist und ist der Meinung, dass dies so nicht machbar ist.

GR Dr. Robert Ritter führt aus, dass die Feuerwehr ein wichtiger Bestandteil in der Gemeinde ist. Aber Sport, Bildung und Kultur sind auch nötig. Hierfür fehlen dann die Mittel.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, einen Betrag in Höhe von 6 Mio EUR festzulegen und zu deckeln.

3. Bgm. Horst Hock weist darauf hin, dass in diesem Betrag noch keine Mittel für die Ausstattung enthalten sind.

GR Andreas Hein stellt fest, dass es heute sowohl um den Neubau FFW/Bauhof als auch um Haushaltsdisziplin geht. Möglicherweise wird das Projekt teurer als veranschlagt. Er hält daher die Festlegung der Höchstgrenze des Budgets als Verschuldung für gefährlich. Was soll geschehen, wenn die Mittel zur Fertigstellung dann doch nicht ausreichen. Eine Neuverschuldung hält er vom Grundsatz her für falsch. Schulden sind nach seiner Meinung „Nichtschulden“. Es handelt sich hier um eine besondere Maßnahme und keine dauerhafte Neuverschuldung.

GR Dr. Robert Ritter weist darauf hin, dass er kein Interesse daran hat, das Projekt abzuschließen. Für ihn ist die Feuerwehr nicht wichtiger als die Kultur- und Sporthalle, Schule oder Hallenbad. Es müssen noch andere Dinge in der Gemeinde machbar sein.

GR Hans Georg Seitz sieht zwei Probleme – die Schulden werden sich erhöhen, hierfür muss eine

Finanzierung sein. Es ist das Projekt der Gemeinde und das muss auch bezahlt werden. Ein Hausbau ohne Verschuldung ist auch nicht möglich – eine Deckelung der Kosten sieht er jedoch als wichtig an. Es sollte ein Betrag in Höhe von 6 Mio EUR festgelegt werden.

3. Bgm. Horst Hock führt weiter aus, dass eine Deckelung und harte und rigorose Kontrolle erforderlich sind. Wenn ein Neubau erstellt wird, ist dies im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen schon ein Paradies.

GR Dr. Robert Ritter möchte wissen, wie hoch der Investitionsstau in der Gemeinde ist. Hierfür möchte er eine Auflistung der anstehenden Projekte.

Bgm. Andreas Zenglein weist im Verlauf der Diskussion noch darauf hin, dass die Vorschriften für die Feuerwehr eingehalten werden müssen. Es können nicht einfach Streichungen von Boxen erfolgen. Hierfür wird ein Gespräch mit dem Kreisbrandrat erforderlich sein.

Nach Austausch der Diskussionspunkte wird folgender **Empfehlungsbeschluss** gefasst:

Der Neubau FFW/Bauhof darf eine Obergrenze in Höhe von 6 Mio EUR für Bauleistungen nicht überschreiten. Der Kostenrahmen für die Ausstattung des Gebäudes sowie die Straßenanbindung Kaiselsbergstraße und Staatsstraße werden separat festgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 1

10. Allgemeines

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **06. Okt. 2010** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verw.-Angestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 6. Oktober 2010

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Friedrich Englert , VOAR		

Verwaltung		
Thomas Wenzel, VOAR		

Tagesordnung**Öffentlicher Teil:**

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	TV Haibach, Mehrkosten für das Handballerheim für die Mittagsbetreuung
4.	Kostenerstattung FFW-Führerschein Kl. C
5.	Zwischenbericht zum Haushaltsplan 2010
6.	Allgemeines

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Die Einladung erfolgte fristgerecht und ordnungsgemäß.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung vom 8. Juli 2010 wird nach Berichtigung der Aussage von Gemeinderat Andreas Hein (TOP 9, Seite 6) ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Im Satz „Schulden sind nach seiner Meinung „Nichtschulden““ wird das Wort „Nichtschulden“ ersetzt durch „nicht gleich Schulden“.

3. TV Haibach, Mehrkosten für das Handballerheim für die Mittagsbetreuung**Sachverhalt**

Der TV Haibach hat der Gemeinde mit Schreiben vom 06.08.2010 mitgeteilt, dass aufgrund der Mittagsbetreuung ein außerordentlicher Mehrverbrauch von Strom, Wasser und Heizöl für die Jahre 2008 und 2009 zu verzeichnen ist. Beziffert wird die Summe gegenüber dem Schnitt der Vorjahre mit 982 €.

Die Miete für das Handballerheim ist mit 3.000 Euro jährlich beziffert. Nach dem Mietvertrag sind in der Miete die Nebenkosten beinhaltet. Bei der ersten Besprechung zum Mietvertrag wurde allerdings vereinbart, dass bei erhöhten Nebenkosten hierüber nochmals beraten wird.

Vom Finanzausschuss ist daher festzulegen, ob die genannten zusätzlichen Nebenkosten, bei denen für die Heizkosten lediglich eine 10%-ige Mehrung angesetzt ist, von der Gemeinde übernommen werden. Für das Jahr 2010 liegen noch keine Zahlen vor. Evtl. könnten die zusätzlichen Nebenkosten übernommen werden und es sollte künftig eine Miete von 3.500 €, beginnend ab dem Schuljahr 2010/2011, vereinbart werden; darin sollten dann die kompletten Kosten für 2010 enthalten sein.

GR Andreas Hein führt aus, dass die Gemeinde sich in der glücklichen Lage schätzen kann, die

Räumlichkeiten des Handballerheimes für die Mittagsbetreuung nutzen zu können. Die dem TV Haibach dadurch entstehenden höheren Nebenkosten sollten daher auch erstattet werden.

3. Bgm. Horst Hock ist der Ansicht, dass die Erhöhung um 500 € für die Nebenkosten zu gering ausfällt, der Mietzins sollte auf mindestens 600 Euro angehoben werden.

GR Susanne Zellner informiert, dass ab diesem Schuljahr mittlerweile tageweise 90 Kinder zu betreuen sind; daher ist die Mehrverbrauch von Strom, Wasser, Heizung sehr gut nachzuvollziehen.

Beschluss

Für die überproportionalen Nebenkosten für das Handballerheim aufgrund der Nutzung für die Mittagsbetreuung wird für die Jahre 2008 und 2009 eine Summe von 982,00 Euro vergütet.

Um weitere zusätzliche Kostenberechnungen zu vermeiden, wird ab dem Schuljahr 2010/2011 ein Mietzins von 3.600 € vereinbart. Damit sind auch evtl. Mehrkosten für das Jahr 2010 abgegolten; sollten die Nebenkosten höher sein, erfolgt Wieder-vorlage.

Abstimmungsergebnis: ja: 9 nein: 0

4. Kostenerstattung FFW-Führerschein Kl. C**Sachverhalt**

Die Freiwillige Feuerwehr Gemeinde Haibach hat mit Schreiben vom 19.08.2010 mitgeteilt, dass es notwendig sein wird, Maschinisten mit der Fahrerlaubnisklasse „C“ auszubilden. Dies ist für die Dienstleistenden nur mit erhöhtem finanziellem und zeitlichem Aufwand zu leisten. Aus diesem Grund beantragt die Feuerwehr die Übernahme der Gesamtkosten für die notwendige Fahrschul-ausbildung. Dieser Führerschein ist zweckgebunden

(nur Feuerwehrfahrzeuge) und für den gewerblichen Güterverkehr nur mit einer zusätzlichen Ausbildung zum Berufskraftfahrer verwendbar.

Es wird in dem Schreiben vorgeschlagen, dass die Feuerwehrleute sich als Gegenleistung mindestens für sechs Jahre zum Feuerwehrdienst verpflichten. Des Weiteren wird angegeben, dass evtl. eine Kooperation mit dem Markt Goldbach möglich ist, da diese ein mit Fahrschulpedalerie ausgestattetes Feuerwehrfahrzeug besitzen und so die Ausbildung koordiniert werden kann.

Grundsätzlich ist hierzu festzustellen, dass im Fahrzeugpark der Feuerwehr Fahrzeuge vorhanden sind, die nur mit diesem Führerschein geführt werden dürfen. Seither hat die Gemeinde für den entsprechenden Führerschein einen Zuschuss von 300 € gewährt; allerdings konnte dieser Führerschein nach bisherigem Recht auch für den Güterverkehr genutzt werden, so dass u.U. auch ein privater Nutzen möglich war. Auch hat der Feuerwehrverein einen weiteren Zuschuss gewährt.

Nachdem der Führerschein nunmehr fast ausschließlich zum Führen der Feuerwehrfahrzeuge erforderlich ist, sollten hierfür auch die Kosten übernommen werden, gegebenenfalls sollte die Kostenbeteiligung auf eine gewisse Personenzahl beschränkt werden.

Eine Kooperation mit dem Markt Goldbach ist hierbei möglich. Mögliche Ausbildungen sind dann rechtzeitig an den Markt Goldbach anzumelden.

Allerdings sollte von der Feuerwehr zuvor eine Aufstellung vorgelegt werden, wer derzeit zum Führen der Fahrzeuge berechtigt ist und wie viele Personen in einem überschaubaren Zeitraum von ca. 5 Jahren die Führerscheinausbildung für den Feuerwehrdienst absolvieren sollen.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert, dass bisher nach einem Beschluss vom 14.01.2005 ein Zuschuss von 300 € gewährt worden ist; allerdings wurde von einem Kostenaufwand von ca. 900 bis 1000 € ausgegangen, so dass eine Kostendrittelung

(Gemeinde-Feuerwehrverein-Teilnehmer) erreicht werden konnte. In den letzten Jahren wurden ca. 10 Fahrausbildungen bezuschusst.

Zu der Führerscheinausbildung C erläutert er, dass diese nicht für einen berufsmäßigen Kraftfahrer reicht, jedoch gelegentliche Fahrten mit dem einem Fahrzeug über 7,5 t ohne Zusatzausbildung möglich sind.

Desweiteren verweist er auf die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollen.

3. Bgm. Horst Hock hält es notwendig, dass die Freiwillige Feuerwehr Gemeinde Haibach eine Aufstellung vorlegt, aus der hervorgeht, wer derzeit die entsprechende Fahrerlaubnis hat, für wie viele Personen künftig eine Fahrausbildung, bezogen auf die Fahrzeuge, notwendig ist. Zudem sollte hierzu ein Kostenrahmen genannt werden.

GR Dr. Robert Ritter ergänzt dies, dass eine Bezuschussung auch auf den Feuerwehreinsatz und die Verfügbarkeit der Feuerwehrdienstleistenden abgestimmt werden sollte.

Nach weiterer Diskussion wird festgelegt, dass vor einer Entscheidung über den Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Gemeinde Haibach eine Aufstellung, wie von 3. Bgm. Horst Hock, genannt vorgelegt werden soll; danach erfolgt Wiedervorlage

5. Zwischenbericht zum Haushaltsplan 2010

Bericht zum Vollzug des Haushaltes 2010

Die ersten neun Monate des Jahres 2010 liegen nun hinter uns, und wir möchten Sie deshalb über die bisher geleisteten Arbeiten und die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen informieren.

Auf alle Einzelheiten und bisher ausgeführten Tätigkeiten einzugehen, würde den Zeitrahmen dieser Sitzung sprengen. Es sollen deshalb nur einige wesentliche Punkte und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Der **Haushalt 2010** wurde in der Gemeinderatssitzung vom 17.03.2010 verabschiedet und mit Schreiben des Landratsamtes Aschaffenburg vom 30.03.2010 genehmigt.

Im Ergebnishaushalt belaufen sich

die Erträge auf	11.114.800 €
und die Aufwendungen auf	10.360.000 €
Daraus errechnet sich ein Saldo (Jahresergebnis) von	663.800 €

Die Erträge aus der **Grundsteuer A** liegen derzeit etwas unter dem veranschlagten Betrag von 4.200 € (4.118 €). Bei der **Grundsteuer B** ist momentan ein Plus von ca. **5.000 €** zu verzeichnen (Ansatz: 765.000 € / bisheriges Soll: 770.000 €).

Die **Gewerbsteuer** ist im Haushaltsplan veranschlagt mit 600.000 €.

Bisher wurden Steuerbescheide mit einer Gesamtsumme von ca. 1.861.300 € zu Soll gestellt.

Diese überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuer-einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Steuernachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen durch die Finanzämter.

Bedingt durch die höheren Gewerbesteuer-einnahmen wird die **Gewerbesteuerumlage** auf ca. 413.000 € (Haushaltsansatz 131.200 €) steigen.

Für den Gemeindeanteil an der **Einkommenssteuer** liegen bisher die Ergebnisse der ersten beiden Quartale vor.

Die Beteiligung beläuft sich derzeit auf ca. 2.024.700 € (Vorjahr: 2.084.300 €).

Dies entspricht 56,3 % des vom Statistischen Landesamt geschätzten Gesamtaufkommens.

Erfahrungsgemäß ist die Einkommensteuerbeteiligung im zweiten Halbjahr höher als im ersten Halbjahr, so dass der Haushaltsansatz von 3.550.000 € erreicht evtl. sogar überschritten werden könnte.

Auf den Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** sind bisher ca. 49% (81.200 €) des veranschlagten Betrages (167.200 €) gezahlt worden, so dass wohl auch hier das Haushaltssoll erreicht werden kann. Die Einnahmen bei den **Verbrauchsgebühren** (Kanal, Wasser) liegen ca. 100.000 € unter den Haushaltsansätzen.

Für die Planung der erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im **Rathaus** wurde der Auftrag vergeben. Die Voruntersuchungen und die Vorbereitungen der Ausschreibungen sind in vollem Gang.

Es handelt sich hierbei vor allem um Maßnahmen bezüglich des Treppenhauses, des Raumes der

EDV-Anlage und des Aufenthaltsraumes im Keller-geschoss.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates, am 29.09.2010, wurde die Planung für den **Neubau des Feuerwehrgerätehauses und des Bauhofes** verabschiedet.

Die Baukosten (ohne Ausstattung) wurden auf maximal 6.600.000 € festgelegt.

Für den **Bauhof** mussten **zwei** neue **Fahrzeuge** beschafft werden. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich auf insgesamt ca. 85.000 €.

Die **Feuerwehr** benötigt ebenfalls ein neues **Fahrzeug** (Mannschaftstransportwagen). Hierfür wurde bereits ein Zuwendungsantrag gestellt. Sobald die Zustimmung der Regierung von Unterfranken vorliegt, kann die Angebotseinholung erfolgen.

Die Arbeiten für die **Brandschutzmaßnahmen in der Schule** wurden abgeschlossen, und der Verwendungsnachweis bei der Regierung von Unterfranken eingereicht.

Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass bis Ende des Jahres der restliche Zuwendungsbetrag in Höhe von 75.000 € durch die Regierung ausbezahlt wird.

Die Sanierungsarbeiten am **Schwimmbad** und der **Turnhalle** wurden ebenfalls beendet. Der Verwendungsnachweis wurde bei der Regierung von Unterfranken eingereicht, so dass auch hier mit einer Auszahlung des restlichen Zuwendungsbetrages noch in diesem Jahr gerechnet werden kann.

Die **Toilettenanlage** im **Wildpark** wurde fertiggestellt. Die Gesamtausgaben (inkl. Bauhoflöhne) belaufen sich auf ca. 50.000 €.

Die **Kinderkrippe** im **Burgkindergarten** wurde im Januar eingeweiht. Die Gemeinde hat hierfür bisher Zuschüsse in Höhe von ca. 383.000 € gewährt.

Die Arbeiten für die Erneuerung der **Außenanlage** an der **Kultur- und Sporthalle** wurden abgeschlossen.

Zur **Generalsanierung** der **Kultur- und Sporthalle** wurde ein erstes Sanierungskonzept vorgestellt. Im weiteren Verlauf muss jetzt entschieden werden, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Zwischen der Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ und dem Vereinsheim der Handballer wurde von den Mitarbeitern des Bauhofes ein **Beach-Volleyball-Feld** errichtet.

Die reinen Materialkosten belaufen sich bisher auf ca. 24.000 €.

In der Wasserversorgungsanlage wurde eine neue **Fernwirktechnik** installiert.

Dadurch können die Zählerstände und der Wasserverbrauch in den Hochbehältern elektronisch ermittelt werden, so dass ein Teil der Kontrollfahrten entfällt.

Die Ausgaben belaufen sich auf ca. 65.000 €.

Die **Sanierung** der **Wasserleitung**, des **Kanalnetzes** und der **Fahrbahn** von der Brückenstraße über die Würzburger Straße und in die Hauptstraße wurde beendet.

Die geplanten Erneuerungsarbeiten (Straße, Kanal, Wasserleitung) in der **Blumenstraße** mussten zunächst zurückgestellt werden, da sich die Entscheidung über die Erschließung des Baugebietes „Ober den Gärten“ verzögert.

Vom Ing.-Büro wurde das komplette Kanalnetz in Dörmorsbach überrechnet und ein Sanierungsvorschlag unterbreitet.

Am **Friedhof Grünmorsbach** wurde die alte Trafostation entfernt und der Eingangsbereich neu gestaltet.

Die Arbeiten für den **Breitbandanschluss** in Dörmorsbach wurden begonnen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen größtenteils begonnen wurden bzw. teilweise bereits durchgeführt sind.

Aufgrund der sich derzeit abzeichnenden Entwicklungen (vor allem auf der Einnahmeseite) wird der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung nicht notwendig werden.

Bgm. Andreas Zenglein verweist zu der Erschließung des Baugebietes „Ober den Gärten“ auf die Ermittlungen der Fa. Land+Forst GmbH. Danach ist eine Teilerschließung machbar, allerdings sind hierzu Verhandlungen mit Grundstückseigentümern erforderlich.

GIB Friedrich Englert ergänzt, dass mit dieser Teilerschließung auch die Entwässerung der bestehenden Anwesen „Ober den Gärten“ verwirklicht werden kann.

Auf die Frage von **GR Hans Georg Seitz** bezüglich des Streichens der Mauer im Friedhof Grünmorsbach informiert Bgm. Andreas Zenglein, dass in dem angesprochenen Bereich die Erweiterung mit Urnenkammern vorgesehen ist, so dass ein Anstrich nicht erforderlich ist.

Zur Breitbandverkabelung fragt **3. Bgm. Horst Hock** nach, ob es einen Plan für die Breitbandverkabelung mit den entsprechenden Datengeschwindigkeiten gibt.

GIB Friedrich Englert bemerkt, dass ein solcher Plan nicht bekannt ist, jedoch bei der Telekom nachgefragt werden kann.

Zu dem Sachstandsbericht zum Haushalt 2010 werden keine weiteren Anmerkungen vorgebracht.

6. Allgemeines

6.1. Basketballkorb am Spielplatz Ringwallstraße

GR Susanne Zellner fragt nach, ob der Basketballkorb am Spielplatz Ringwallstraße / Sportfeldstraße wieder angebracht wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass der Korb entfernt werden musste, weil er schadhaft war und baldmöglichst durch einen Korb mit schallgedämmten Brett ersetzt wird.

6.2. Verkehrsspiegel Schollstraße – Fischer-Gasse

GR Hans Georg Seitz regt an, da in dem Einmündungsbereich Schollstraße / Fischergasse die Sicht sehr schlecht ist, die Anbringung eines Verkehrsspiegels sinnvoll sei.

Hierzu informiert **GR Peter Amrhein**, dass an dieser Stelle lange Zeit ein Spiegel angebracht war, der jedoch immer wieder durch hohe Fahrzeuge zerstört wurde und aufgrund dessen auf diesen Spiegel verzichtet wurde.

Eine Überprüfung der Anfrage wird jedoch zugesagt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **24. Nov. 2010** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Friedrich Englert

SITZUNG**des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES****Sitzungstag: Mittwoch, 24. November 2010****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr****Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Dr. Robert Ritter	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Haushalt 2011; Steuern, Abgaben, Mieten, Pachten
3.1.	Haushalt 2011; Festsetzung der Wassergebühren
3.2.	Haushalt 2011; Festsetzung der Kanalgebühren
4.	Festsetzung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals (Kalkulatorische Zinsen)
5.	Allgemeines

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

b) Von den 10 Ausschussmitgliedern 8 anwesend sind

a) Zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung vom 06. Okt. 2010 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Haushalt 2011; Steuern, Abgaben, Mieten, Pachten**Sachverhalt**

Die Umlagekraft der Gemeinde ist von 5.770.744 € im Jahr 2010 auf 5.716.198 € (Minderung: 54.546 €) gesunken. Ursache hierfür ist der deutliche Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009. Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betrugen 2009 ca.128.000 €. Im Jahr 2008 waren noch ca. 488.400 € zu verzeichnen.

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird voraussichtlich erhöht werden.

Ausgehend vom derzeitigen Hebesatz von 41,1% errechnet sich eine Kreisumlage von ca. 2.349.400 € (Vorjahr: 2.371.778 €). Die Erhöhung des Hebesatzes um 1% bedeutet Mehrausgaben in Höhe von ca. 57.200 €.

Die Schlüsselzuweisung betrug im Jahr 2010 ca. 1.146.800 € und dürfte auch im Jahr 2011 in dieser Höhe zu erwarten sein.

Das Ergebnis 2010 bei den Gewerbesteuereinnahmen dürfte sich, soweit derzeit absehbar, auf ca. 2.000.000 € belaufen.

Im Jahr 2011 ist eher davon auszugehen, dass die Einnahmen niedriger ausfallen werden, da im Ergebnis 2010 erhebliche Nachzahlungen für vergangene Jahre enthalten sind.

Die Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch von einigen wenigen Firmen abhängig. Sollten sich bei diesen Steuerpflichtigen Änderungen hinsichtlich des Gewinns oder der Firmenstruktur ergeben, würde sich dies sehr schnell negativ auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirken.

Aufgrund des verstärkten Wirtschaftswachstums dürfte die Einkommensteuerbeteiligung wohl einen ähnlichen Betrag erreichen wie in diesem Jahr.

Derzeit belaufen sich die Einnahmen auf ca. 2.992.000 € wobei die Zahlungen für das 4. Quartal erst im Dezember eingehen werden.

Im Einzelnen stehen folgende Steuern, Abgaben und Gebühren zur Diskussion.

1. Realsteuern

Steuerart	Hebesatz	Landesdurchschnitt 2009	Letzte Erhöhung	Haushaltsansatz 2010
Grundst. A	295 v. H.	326,3 v. H.	01.01.07	4.200 €
Grundst. B	295 v. H.	315,8 v. H.	01.01.07	765.000 €
GewSt.	320 v. H.	317,8 v. H.	01.01.95	600.000 €

Die Hebesätze liegen noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden. In Anbetracht der anstehenden Baumaßnahmen (Bauhof, Feuerwehr, Kanal- und Straßensanierungen) wird wohl auch eine Erhöhung der Hebesätze unumgänglich sein.

Eine Anhebung der Steuerhebesätze bei den Grundsteuern von bisher 295 v. H. auf 310 v. H. entspricht einer Erhöhung von 5,08 % und würde Mehreinnahmen von ca. 39.000 € jährlich ergeben.

2. Bestattungsgebühren

Die Einnahmen 2009 bei den Friedhofsgebühren belaufen sich auf ca. 99.200 € und die Ausgaben auf ca. 262.900 €. Daraus errechnet sich ein Defizit

von ca. 163.700 €. Die letzte Erhöhung erfolgte zum 01.01.2009 (Erhöhung 3%)

Die derzeitigen Gebühren betragen:

Grabart	Betrag	Erhöhung um ca.10%
Kinderreihengrab	62,-- €	68,-- €
Einzelreihengrab	530,-- €	580,-- €
Doppelreihengrab	1.066,-- €	1.170,-- €
Familiengrab	1.596,-- €	1.755,-- €
Wahlgrab	1.700,-- €	1.870,-- €
Wahlgrabfläche zusätzlich je 1m Breite	464,-- €	510,-- €
Urnengrab	530,-- €	580,-- €
Urnenkammer	1.066,-- €	1.170,-- €
Leichenhäuser Waldfriedhof und Grünmorsbach	185,-- €	200,-- €
Leichenhäuser Dorffriedhof und Dörmorsbach	134,-- €	145,-- €
Fremdbestattungen je Tag	93,-- €	100,-- €
Vorrübergehendes Unterstellen einer auswärtigen Leiche je Tag	93,-- €	100,-- €

3. Gebühren Kompostplatz

Die Kompostplatzgebühren betragen derzeit 7,00 €/m³ angeliefertes Grüngut.

Die letzte Preisanpassung erfolgte zum 01.01.2005.

4. Gebühren für die Sporthallen

Die beiden Sporthallen und das Stadion an der Kultur- und Sporthalle weisen enorme Defizite auf.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Zahlen (Jahresrechnung 2009):

	Einnahmen	Ausgaben	Defizit
Stadion	6.132,60 €	24.618,43 €	18.485,83 €
Kultur- und Sporthalle *)	125.895,30 €	402.549,96 €	276.654,66 €
Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ **)	23.219,56 €	104.146,56 €	80.927,00 €

*) inklusive der Pacht für die Gaststätte, der Miete der Hausmeisterwohnung

**) inklusive Einnahmen aus der Benutzung der Halle durch die Schule i. H. v. 11.292,68€

In der **Kultur- und Sporthalle** beliefen sich die reinen Benutzungsgebühren der Halle auf 27.870,66 €. Diesen Einnahmen stehen allein schon Ausgaben für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser in Höhe von 75.076,73 € gegenüber.

In der Sporthalle „**Am Hohen Kreuz**“ sind Einnahmen aus dem reinen Sportbetrieb in Höhe von 10.726,88 € zu verzeichnen. Während sich die Ausgaben für Heizung, Reinigung, Strom und Wasser auf eine Höhe von 35.549,15 € belaufen.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2009 um 10%.

a) sportliche Nutzung und Sportveranstaltungen ohne Eintritt	Seit 01.01.09	
1/3 Halle	6,40	
2/3 Halle	12,80	
ganze Halle	19,20	
b) Sportveranstaltungen mit Eintritt		
1/3 Halle	19,20	
2/3 Halle	38,40	
ganze Halle	57,60	
Diese Gebühren gelten als Mindestgebühren. Damit werden zwei Stunden abgegolten. Für jede weitere Stunde ist die Hälfte der vorgenannten Gebühren zu verrechnen.		

Konferenzräume	139,00	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung mit Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter (täglich)		
1/3 Halle	305,00	
2/3 Halle	546,00	
ganze Halle	686,00	
Auswärtige Veranstalter		
1/3 Halle	407,00	
2/3 Halle	648,00	
ganze Halle	815,00	
Barbetrieb im Foyer oder Garderobenraum	70,00	
Reinigungsarbeiten je Stunde	44,50	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung ohne Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter		
1/3 Halle	152,00	
2/3 Halle	273,00	
ganze Halle	343,00	
Für Großveranstaltungen und Veranstaltungen auswärtiger Vereine und Gruppen sind Sonderregelungen vorbehalten.		
Stadionspielfeld		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Haibacher Vereine aktive Mannschaften (2 Std.)	25,40	
Je angefangene weitere Stunde	9,50	
Veranstaltungen mit Eintritt		
Haibacher Vereine aktive Mannschaften (2 Std.)	50,80	
Je angefangene weitere Stunde	19,00	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Jugend- und Schülermannschaften sind frei.		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	50,80	
Je angefangene weitere Stunde	19,00	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	25,40	
Je angefangene weitere Stunde	9,50	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen mit Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	102,00	
Je angefangene weitere Stunde	38,00	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	51,00	
Je angefangene weitere Stunde	19,00	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		

Trainingsspielfeld		
Haibacher Vereine und Sportgruppen (2 Std.)	19,00	
je angefangene weitere Stunde	9,50	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Schüler und Jugendmannschaften sind frei		
auswärtige Vereine (2 Std.)	38,00	
je weitere Stunde	19,00	
Schüler und Jugend von auswärtigen Vereinen	19,00	
je weitere Stunde	9,50	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Flutlichtanlage je Stunde	8,10	
Leichtathletikanlage		
Für Vereine monatlich	7,60	
Für Einzelpersonen monatlich	3,80	
Schulsportanlage		
Ortsvereine je Stunde	8,90	
Auswärtige je Stunde	15,20	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		

5. Benutzung Jugendhaus

Im Jahr 2009 betrugen die Einnahmen 988,00 € und die Ausgaben 13.953,32 €. Daraus errechnet sich ein Defizit in Höhe von 12.965,32 €.

Die Benutzungsgebühr beträgt derzeit je Tag 104,-- € für Gemeindebürger und 208,-- € für Auswärtige. Die Benutzung durch die Jugend und Vereine für

Proben ist kostenfrei. Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.01.2009 (um 10%).

6. Bürgerhaus Dörmorsbach

Im Jahr 2009 beliefen sich die Einnahmen auf 5.394,72 € und die Ausgaben auf 59.897,43 €. Das Defizit beträgt somit 54.502,71 €.

Die Gebühren betragen derzeit:

	Großer Saal	Kleiner Saal	Gesamt
Tanzveranstaltungen	305,00 €	104,00 €	409,00 €
Sonstige Veranstaltungen	173,00 €	92,40 €	265,40 €
Nutzung durch Turngruppen je Stunde	6,35 €	4,05 €	

7. Hundesteuer

Die Hundesteuer beträgt derzeit 50,-- € je Hund und wurde letztmals zum 01.01.2002 erhöht. Das Aufkommen beläuft sich auf ca. 19.000 €. Im Vergleich der Landkreismunicipalitäten ist dies der höchste Steuerersatz.

8. Hallenbad

Die Einnahmen des Hallenbades belaufen sich auf 83.278,40 € (darin enthalten sind ca. 44.000,--€ Vorsteuern) und die Ausgaben auf 158.889,38 €. Somit ergibt sich ein Defizit von 73.610,98 €.

Derzeit werden folgende Eintrittsgelder erhoben:

Erwachsene:	Einzelkarte	2,50 €
	Zehnerkarte	20,00 €
	Jahreskarte	78,00 €
Familien	Einzelkarte	5,00 €
Jugendliche / Kinder	Einzelkarte	1,00 €
	Zehnerkarte	8,00 €
	Jahreskarte	30,00 €
Rentner / Arbeitslose	Einzelkarte	1,50 €
	Zehnerkarte	12,00 €
	Jahreskarte	45,00 €
Gruppenschwimmen		
TV Haibach	Ausdauersport	25,--€/Std.
Corina Kroth	Wassergymnastik	35,--€/Std.
Schule Bessenbach und Albert-Liebmann-Schule	Schulsport	35,--€/Std.

In der Beratung zu diesem Punkt bemerkt **3. Bgm. Horst Hock**, dass die Realsteuern belassen werden sollten. Nach seiner Ansicht sollte sogar an eine Senkung der Gewerbesteuer nachgedacht werden.

GR Hans Georg Seitz widerspricht diesem Vorschlag zum Teil. Nach seiner Meinung sollten die Grundsteuer A und B nicht erhöht werden. Die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 360 v.H. ist für Personenfirmen kostenneutral und wäre daher überlegenswert.

GR Dr. Robert Ritter fragt nach einer entsprechenden Begründung zur Erhöhung der Realsteuern. Derzeit sind noch genügend Rücklagen vorhanden, der Neubau FFW/Bauhof noch nicht begonnen, somit noch kein Grund für eine Erhöhung gegeben.

Zu den Bestattungsgebühren schlägt **Bgm. Andreas Zenglein** vor, dass evtl. ein Index ermittelt wird und eine jährliche Erhöhung erfolgt.

GR Hans Georg Seitz ist der Ansicht, dass die Bürger in diesem Jahr enorme Einkommensverluste hinnehmen mussten. Er schlägt vor, dass keine Erhöhung der weiteren Gebühren zum 01.01.2011 erfolgt.

3. Bgm. Horst Hock gibt GR Seitz insoweit recht, dass die Gemeinde sich auch die soziale Aufgabe der Friedhöfe leisten kann. Ein Defizit im Hallenbad und den Sporthallen wird auch jährlich in Kauf genommen.

9. Mieten

Theoretisch könnte eine Erhöhung erfolgen. Problem ist hierbei der fehlende Mietspiegel bzw. die Benennung von Vergleichswohnungen mit höheren Mieten.

Im Anwesen Jahnstraße 14 (Bauhof) wurden Wohnungen teilweise komplett saniert bzw. Gasthermen eingebaut, ohne dass eine Mietanpassung erfolgte.

GR Dr. Robert Ritter ist der Auffassung, dass jetzt der Zeitpunkt für den – von ihm schon seit Jahren vorgeschlagenen – Automatismus ist. Mit einer jährlichen Erhöhung der Gebühren um 3 % passt man sich dem Lebenshaltungskostenindex annähernd an.

GR Ilse Spielmann erwidert, dass die Gemeinde die Höhe dieser Gebühren beeinflussen kann. Sie lehnt eine Erhöhung der Gebühren für das kommende Jahr ab.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass nunmehr seit 10 Jahren in der Gemeindekasse Gewinne erwirtschaftet werden und entsprechende Rücklagen gebildet wurden. Er spricht sich erneut gegen Erhöhungen aus, ebenso für jede Art von Automatismus der Gebührenanpassung.

GR Dr. Robert Ritter erklärt, dass die Gemeinde in 3 Jahren wohl einen Schuldenstand von ca. 7.000.000 EUR haben wird. Dann wird das Landratsamt die Einnahmequellen der Gemeinde prüfen. Diesen Zeitpunkt sieht er als schwieriger an als heute.

Es besteht Einverständnis, dass die Vorschläge zu den Erhöhungen von Realsteuern und Gebühren in den Fraktionen nochmals beraten werden und in der nächsten Sitzung des Gemeinderates hierzu Beschlüsse gefasst werden.

Die Mieten wurden letztmals zum 01.04.2002 erhöht. Die Mieten sollten deshalb zum nächstmöglichen Zeitpunkt entsprechend angepasst werden.

Nach Beratung wird eine Erhöhung der Mieten für das Anwesen Jahnstraße 14 auf 5,00 €/m² vorgeschlagen.

Es besteht hierzu Einverständnis – ohne Abstimmung

3.1. Haushalt 2011; Festsetzung der Wassergebühren**Sachverhalt****1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2009**

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2009 wurden die tatsächlichen IST-Ausgaben der Jahresrechnung 2009 zugrunde gelegt, wobei vor allem die Wasser- und Strombezugskosten durch Aus- und Eingliederung den tatsächlichen Ausgabeverhältnissen des Jahres 2009 angepasst wurden.

Die Einnahmen wurden anhand der Soll-Listen für die Wassergebühren und den Wasserbezug durch die Gemeinde Hösbach (OT Winzenhohl) ermittelt. Insgesamt ergaben sich Einnahmen in Höhe von 814.428,23 €, während sich die Ausgaben auf 828.833,54 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Unterdeckung von 14.405,31 €, welche in das Jahr 2011 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 452.967 m³ (Vorjahr: 467.359m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert. Verkauft wurden jedoch nur 370.514 m³ (Vorjahr: 357.838m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 82.453 m³ (Vorjahr: 109.521m³) oder 18,20% (Vorjahr: 23,43%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 1.148 m³ (Vorjahr: 2.261m³) bzw. 6,17% (Vorjahr: 11,35%),

während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 81.305 m³ (Vorjahr: 107.260m³) bzw. 18,72% (Vorjahr: 23,97%) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2011

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2011 mit Ausgaben in Höhe von ca. 893.400 € zu rechnen. Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 793.400 €.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 365.000 m³ errechnet sich ein Wasserpreis von 2,17 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Beschluss

Der Wasserpreis für das Jahr 2011 wird nicht verändert.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 3

3.2. Haushalt 2011; Festsetzung der Kanalgebühren**Sachverhalt**

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2009 belaufen sich auf 850.169,29 € und die Ausgaben auf 841.429,42 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2009 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 8.739,87 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2011 übernommen wird.

Für das Jahr 2011 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von ca. 906.000

€. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 355.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,55 €/m³ Abwasser.

Beschluss

Die Kanalgebühren werden zum 01.01.2011 nicht erhöht.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 3

4. Festsetzung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals (Kalkulatorische Zinsen)**Sachverhalt**

Das Anlagekapital für die jeweiligen kostenrechnenden Einrichtungen (Wasserversorgung, Entwässerung, Friedhof, Sport- und Kulturhalle) ist angemessen zu verzinsen.

Gemäß § 12 KommHV muss sich die Verzinsung des Anlagekapitals an einem mehrjährigen Mittel der Kapitalmarktrenditen orientieren.

In der Literatur werden hierzu verschiedene Auffassungen über die Höhe des Zinssatzes vertreten. Die Spanne reicht von 4,1% bis 6,1%. Aufgrund des

Zinsniveaus der letzten Jahre wird ein Zinssatz von 5,0% für angemessen erachtet.

Der durchschnittliche Zinssatz der gemeindlichen Kredite beträgt derzeit ca. 4,5%

Beschluss

Die Höhe des Zinssatzes für die kalkulatorischen Kosten der kostenrechnenden Einrichtungen der Gemeinde Haibach wird ab dem Vermögensbuchführungszeitraum 2010 auf 5,0% festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

5. Allgemeines**Sachverhalt****5.1. Sitzung des Gemeinderates am 01.12.2010**

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass am 01.12.2010 eine umfangreiche Tagesordnung für die vorgesehene letzte Sitzung des Gemeinderates in diesem Jahr besteht. Die einzelnen Punkte der Sitzung werden sicher ausführlich diskutiert. Er schlägt vor, dass anstelle der Bauausschusssitzung am 08.12. eine weitere Sitzung des Gemeinderates stattfindet und eventuell anstehende Bauanträge im Gemeinderat behandelt werden.

Hierzu wird aus dem Gremium vorgeschlagen, dass am 08.12.

um 19:30 Uhr die Sitzung des Bau-, Grundstücks- u. Umweltausschusses und

um 20:00 Uhr die Sitzung des Gemeinderates

stattfinden sollte.

Es besteht Einverständnis.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er anlässlich seines Geburtstages am 30.11. die Mitglieder des Gemeinderates nach der Sitzung am 01.12. um 22:00 Uhr in die Gaststätte Croatia zu einem Umtrunk einladen möchte.

5.2. Unterstützung Frau Claudia Rickert

Bgm. Andreas Zenglein verliest ein Dankeschreiben von Frau Claudia Rickert bzgl. der gemeindlichen Unterstützung für ihre Tochter Marlen.

5.3. Coaching-Training Lehrer

Die Lehrer der Hauptschule Haibach bedanken sich für die finanzielle Unterstützung zum Coaching-Kurs.

5.4. Veranstaltung der Schützen in der Kultur- u. Sporthalle

GR Peter Amrhein teilt mit, dass am 01./02.04.2011 eine hochrangige Meisterschaft des deutschen Schützenbundes in der Kultur- u. Sporthalle stattfindet.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **04.02.2011** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia